

Solidarität mit der Seebrücke

Die Linke Neukölln erklärt sich solidarisch mit der Seebrücke sowie den Protesten, Aktion und Demonstrationen um dieses zivilgesellschaftliche Bündnis gegen den Rechtsruck der Politik und die inhumane Abschottung Europas. Diese Abschottung kostet täglich Menschen ihr Leben, egal ob im Mittelmeer, in der Sahara oder den Sklavenlagern in Libyen.

Wir erklären uns solidarisch mit allen Menschen auf der Flucht oder die geflohen sind.

Aus diesem Grund unterstützen wir die Großdemonstration "#unteilbar" am 13. Oktober in Berlin. Wir hoffen das diese Demonstration ein Zeichen gegen den Rechtsruck und für die Menschlichkeit ist. Wir fordern alle Mitglieder und Sympathisant*innen der Linke Neukölln auf sich an dieser Demonstration zu beteiligen. Wir hoffen auf ein starkes Zeichen gegen den Rechtsruck in Deutschland und der EU.

Wir fordern sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind – Wir müssen weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Wir fordern die Bundesregierung auf ihre Verantwortung wahrzunehmen und Artikel I des Grundgesetzes einzuhalten, dies bedeutet für uns auch Menschen nicht in Länder abzuschieben, in welchen die Würde des Menschen angetastet wird.

Wir als Partei Die Linke Neukölln begrüßen den Vorstoß der Senatorin Elke Breitenbach, dass Berlin dem Forum Solidarity Cities beitreten soll und wünschen uns eine schnelle Umsetzung. Berlin muss für Menschen ein sicherer Hafen sein, egal aus welchen Gründen sie hier her kommen müssen oder wollen. Wir fordern gleichsam den Senat auf, die Abschiebepolitik der Bundesregierung mit allen Mitteln zu verhindern.

Wir unterstützen die Menschen, die für die Rechte aller Menschen aufstehen. Wir alle müssen uns gegen den politischen Trend des Populismus stellen und unterstützen Menschen die fliehen oder migrieren müssen. Die wenigsten Menschen verlassen ihre Herkunftsorte aus freien Stücken. Gezwungen werden sie durch Krieg, religiösen Fundamentalismus, Zerstörung ihrer Umwelt, den Klimawandel sowie kapitalistische Ausbeutung.

Die Auslöser, die sie zur Flucht zwingen, sind das, woraus sich ein Teil des gesellschaftlichen Wohlstandes von Ländern wie Deutschland speist. Diese Ursachen sollten wir versuchen zu bekämpfen, jedoch ist uns klar: Migration hat und wird immer existieren und das Recht seinen Wohnort frei zu wählen ist ein Menschenrecht, welches Die Linke Neukölln verteidigt.

Migrant*innen sind keine Gäst*innen, sondern Teil unserer vielfältigen Gesellschaft und als solche besitzen sie die gleichen Recht wie jede*r andere auch.

Solidarität mit dem „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“

Die Linke Neukölln erklärt sich solidarisch mit dem Aktionsbündnis für sexuelle Selbstbestimmung, das gegen den jährlich stattfindenden christlich-fundamentalistischen „Marsch für das Leben“ mobilisiert. An dem Marsch, der sich in erster Linie gegen Abtreibung und ein progressives Gesellschaftsbild, in dem Frauen*, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* frei und selbstbestimmt leben können, richtet, nehmen nachweislich neben erzkonservativen Christ_innen auch Nationalist_innen und Rechte in großer Zahl und aus verschiedenen europäischen Ländern teil.¹ Dass dieser mittelalterlich anmutenden Demonstrationen alljährlich eine prominente Route durch Berlin-Mitte gewährt wird, ist nicht hinnehmbar. Der inhaltliche Schwerpunkt der Gegenaktionen liegt in diesem Jahr auf der Abschaffung des antiquierten Paragraphen 219a, der das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von Frauen und allen sonstigen Menschen mit Uterus untergräbt².

Die Bezirksmitgliederversammlung möge daher beschließen:

Die Linke Neukölln solidarisiert sich mit dem Anliegen des Bündnisses, den Rechten und Ewiggestrigen einen lautstarken und sichtbaren Gegenprotest mit dem Motto **„219a ist erst der Anfang! Leben schützen heißt Schwangerschaftsabbruch legalisieren!“** entgegen zu setzen. Sie ruft zudem ausdrücklich zur Teilnahme am Aktionstag "219a ist erst der Anfang!" sowie zur aktiven Bewerbung der Veranstaltung auf³.

1 zur Übersicht über die Teilnehmer_innen-Struktur: <http://www.taz.de/Marsch-fuer-das-Leben-in-Berlin!/5335523/>

2 zum ausführlichen Aufruf geht's hier: <https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/10335/aufruf-2018/>

3beispielsweise über Facebook: <https://www.facebook.com/events/1948069768746786> und Twitter: https://twitter.com/ProChoice_DE

Gegen die Verschärfung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG)

Die Bezirksmitgliederversammlung möge beschließen:

1. Die Linke. Neukölln lehnt jede Verschärfung des Berliner Polizeigesetzes, dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), ab. Es gibt keinen Automatismus bei Gesetzesverschärfungen. Wenn andere Bundesländer ihre Polizeigesetze verschärfen, muss Berlin dagegenhalten und nicht anderen Ländern folgen. Die Losung 'Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten' darf nicht zur Grundlage linker und jedweder anderer Innenpolitik werden.

2. Bürger*innenrechte sind Freiheitsrechte. Wir lehnen daher die Schaffung von so genannten Gefahrengebieten als kriminalitätsbelastete Orte (KBO) in Berlin und Neukölln ab. An diesen Orten darf die Polizei anlasslos Menschen kontrollieren, was immer wieder zu Racial Profiling und sinnlosen Eingriffen in die Grundrechte der Menschen führt. Wir fordern daher die Aufhebung der KBO am Hermannplatz und Teilen der Hermannstraße - sowie in ganz Berlin.

Bis zur Abschaffung der KBO sind diese räumlich konkret zu veröffentlichen und die entsprechenden Gebiete im Straßenbild zu kennzeichnen wie es z.B. in Bremen, Hamburg oder Leipzig üblich ist. Die Bürger*innen Neuköllns und Berlins haben ein Recht darauf zu erfahren, ob sie sich in einem öffentlichen Raum bewegen, in dem sie jederzeit Ziel einer polizeilichen Maßnahme werden können.

3. Wir sind ebenso gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung in Neukölln und ganz Berlin. Das Volksbegehren von Ex-Justizsenator Heilmann (CDU) und Ex-Bezirksbürgermeister Buschkowsky (SPD) für mehr Videoüberwachung verdrängt die Suche nach Lösungen sozialer Ursachen als Ursprung von Kriminalität. Unter dem Deckmantel der intelligenten Videoaufklärung wird verschleiert, was Videoüberwachung in Zukunft in Berlin können soll: automatisch Gespräche aufzeichnen und Gesichter erkennen. Daher lehnen wir einen Einsatz der so genannten Videowagen auf den Hermannplatz vehement ab. Diese Wagen haben während ihrer Testphase schon bewiesen, dass (mobile) Videoüberwachung keinen Nutzen hat.